

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Cornelia Seibeld (CDU)

vom 02. Juni 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 03. Juni 2021)

zum Thema:

Antisemitismus in Schulen II

und **Antwort** vom 14. Juni 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. Jun. 2021)

Frau Abgeordnete Cornelia Seibeld (CDU)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin
über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/27835
vom 2. Juni 2021
über Antisemitismus in den Schulen II

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welche Programme und verbindlichen Lerninhalte zum Thema Bekämpfung des Antisemitismus hat der Senat den Schulen im Land Berlin verpflichtend vorgeschrieben/aufgegeben? Wie sehen diese Inhalte, wie sieht der Lehrplan aus? Wie evaluiert der Senat den Erfolg dieser Unterrichtseinheiten?

Zu 1.:

In dem von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) 2019 herausgegebenen Leitfaden „Politische Bildung an Berliner Schulen. Eine integrative Gesamtstrategie“ ist formuliert: „Bei Vorfällen von Antisemitismus (...) ist unmittelbar zu intervenieren – langfristig muss ihnen mit politischer Bildung begegnet werden (...)“. Zur Umsetzung der Strategie bekommen alle öffentlichen Berliner Schulen seit dem Haushaltsjahr 2021 im Rahmen des Programms „Politische Bildung an Berliner Schulen“ ein Budget von 2000 Euro, das ausschließlich für Maßnahmen der politischen Bildung ausgegeben werden kann.

Die Rahmenlehrpläne des Landes Berlin schreiben grundsätzlich keine Programme vor. Schulen entscheiden eigenverantwortlich, welche Programme zur politischen Bildung sie in Anspruch nehmen. Dazu erhalten die Schulen regelmäßig in Fachbriefen und im Newsletter „Antisemitismusprävention in der Schule“ Empfehlungen.

Im Rahmenlehrplan 1-10 für Berlin und Brandenburg ist das übergreifende Thema (üT) „Bildung zur Akzeptanz von Vielfalt“ verbindlich. Im Orientierungs- und Handlungsrahmen zu diesem üT sind „Erscheinungsformen von Antisemitismus“ als ein „wesentlicher inhaltlicher Bezug“ genannt. Darüber hinaus wird in einzelnen Fachteilen des Rahmenlehrplans explizit Bezug auf Antisemitismus genommen (etwa im Fachteil Ethik: „Wie entsteht Antisemitismus und was kann man dagegen tun?“). Die konkrete unterrichtliche Umsetzung liegt in der Verantwortung der unterrichtenden Lehrkraft.

Der Senat evaluiert nicht den Erfolg einzelner Unterrichtseinheiten an Schulen.

2. Wie haben sich Wechselunterricht und digitaler Unterricht in Corona-Zeiten auf diese Unterrichtsinhalte ausgewirkt? Wurde das Curriculum in gleicher Weise umgesetzt?

Zu 2.:

Zur Unterrichtsgestaltung in einzelnen Lerngruppen an einzelnen Schulen liegen dem Senat keine Daten vor. Die Schulen wurden aber explizit durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie in einem Schreiben aufgefordert, auch unter den besonderen Herausforderungen der Pandemie die politische Bildung der Schülerinnen und Schüler im Fokus zu behalten und dabei unter anderem ausdrücklich auf die Gefahr der Verbreitung von Verschwörungsideologien hingewiesen, die oft antisemitisch konnotiert sind. Die Schulen wurden zudem während der Pandemie seitens der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie durch Fachbriefe auch auf spezifische Online-Angebote zu ihrer Unterstützung hingewiesen.

3. Welche konkreten Handlungsempfehlungen für den alltäglichen Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus gibt der Senat dem pädagogischen Personal an die Hand?

Zu 3.:

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie verweist für den alltäglichen Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus auf geeignete Handlungsempfehlungen außerschulischer Bildungsträger im Land Berlin, die eine ausgewiesene Expertise in der Bearbeitung des Themas aufweisen:

- „Der Nahostkonflikt in Schule und Unterricht“. Eine Handreichung der SenBJF in Kooperation mit ufuq.de zum Umgang mit israelbezogenen Antisemitismus, abrufbar auf dem Bildungsserver Berlin-Brandenburg
- „Israel, Palästina und der Nahostkonflikt. Ein Bildungs- und Begegnungsprojekt“. Medienpaket bestehend aus Broschüre und Film der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA)
- Handreichungen „Aufstehen! Nicht aussitzen! Einfache Werkzeuge zum Umgang mit Judenhass unter Jugendlichen“ und „Man wird ja wohl Israel noch kritisieren dürfen...?“ sowie „Kritik oder Antisemitismus? Eine pädagogische Handreichung zum Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus“ der Amadeu-Antonio-Stiftung
- Dossiers und Hilfestellungen zu israelbezogenem Antisemitismus auf der Onlineplattform für Antisemitismuskritik und Bildungsarbeit www.anders-denken.info

4. Führt der Senat empirische Studien zur den Komplexen Antisemitismus, Judenhass und Israelhass an Schulen des Landes Berlin durch? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, welches sind die Erkenntnisse dieser Studien und wie fließen diese Erkenntnisse in das Curriculum ein? Wie haben sich die Ergebnisse im Verlauf der letzten 15 Jahre entwickelt?

Zu 4.:

Der Senat selbst führt keine Studien durch, da es geeignete wissenschaftliche Institutionen gibt, auf deren Ergebnisse aus aussagekräftigen Studien und Forschungsprojekten die entsprechenden Mitarbeitenden in den Verwaltungen zurückgreifen können. Zu nennen sind beispielsweise hier:

- Die Ende 2020 erschienene qualitative Studie des Kompetenzzentrums Prävention und Empowerment zum Thema „Antisemitismus im Kontext Schule (Berlin)“,
- die 2020 erschienene Studie von Frau Professorin Achour (FU Berlin) „Zwischen Status Quo und State of the Art. Politische Bildung und Demokratiebildung an Berliner Schulen“, die politischen Einstellungen an Berliner Schulen im Allgemeinen untersucht, die Demokratiebildung des Landes Berlin verortet und Handlungsempfehlungen für die Schulpraxis aufzeigt,
- die sogenannten Mitte-Studien „Deutsche Zustände“ des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld und die Studien der

Universität Leipzig zu autoritären und rechtsextremen Einstellungen in Deutschland, die seit 2002 alle zwei Jahre durchgeführt wird und von Anfang an Antisemitismus mit untersucht,

- die bundesweit seit 1953 im Abstand von vier bis fünf Jahren erscheinenden Shell-Jugendstudie, die in der letzten Studie den Jugendlichen insgesamt wenig antisemitische Ressentiments attestiert und diese eher nur in einer sehr kleinen Gruppe von Jugendlichen mit „nationalpopulistischen“ Einstellungen sieht.

Wegen veränderter Studiendesigns lassen sich auch aus den Langzeitstudien für den Verlauf der letzten 15 Jahre nur sehr bedingt Aussagen treffen.

5. Wie sensibilisiert der Senat die Lehrer und Lehrerinnen im Land Berlin für diese Themenkomplexe? Werden sog. "Quereinsteiger" im pädagogischen Personal ebenfalls sensibilisiert und unterwiesen?

Zu 5.:

Die Regionale Fortbildung Berlin bietet zur Prävention von Antisemitismus fortlaufend Fortbildungen und Beratungen zu verschiedenen Themenfeldern an. Dazu gehören Fortbildungen zu den Themen Verständnis und Dialog bzw. Dialog der Weltreligionen im Rahmen der Demokratieerziehung, Umgang mit Vielfalt, Classroom Management für interkulturelle Klassen und Prävention religiös motivierter menschenrechtsfeindlicher Einstellungen.

In Zusammenarbeit mit meet2respect und dem DEVI e.V. werden verschiedene Online-Kurse zum Umgang mit religiös und politisch motivierten Konflikten und zur Demokratiepädagogik angeboten. Diese Kurse thematisieren die Prävention von und den Umgang mit Antisemitismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit, Mobbing, Diskriminierung und Extremismus. In diesen Kursen werden auch die Rolle der Lehrkraft, demokratische Wertevermittlung und Möglichkeiten der Partizipation in der Klassen- und Schulgemeinschaft thematisiert.

In Zusammenarbeit mit dem Anne-Frank-Zentrum Berlin finden Online-Kurse zum Thema „Anne Frank – alles Geschichte?“ und „Umgang mit Antisemitismus – Arbeit mit der Handreichung für die Grundschule“ statt.

In Reaktion auf die aktuellen Ereignisse im Zusammenhang mit den israelisch-palästinensischen Konflikten wurden in Zusammenarbeit mit meet2respect kurzfristig zwei offene digitale Gesprächs- und Fragerunden organisiert, in denen die Lehrkräfte unter anderem die Möglichkeit haben, Fragen zum Umgang mit antisemitischen Äußerungen in der Schule zu stellen. Dieses Format haben die Lehrkräfte sehr gut aufgenommen, da hier eine große Sensibilisierung entlang der eigenen Fragestellungen stattfand.

Langfristige Fortbildungsreihen zu den Demokratiecurricula „Hands for kids“ und „Hands across the campus“, Angebote im Bereich demokratische und diversitätsbewusste Schulentwicklung und Fortbildungen im Bereich der Demokratiepädagogik, zum Beispiel zum Klassenrat, ergänzen die genannten Angebote.

Im Rahmen der Qualifizierung der Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger stellt die Thematik Antisemitismus einen wesentlich inhaltlichen Schwerpunkt dar. In den Seminaren ergeben sich immer wieder Anknüpfungspunkte zu tagesaktuellen Ereignissen und problematischen gesellschaftlichen Schwerpunkten. Je nach Fach werden unterschiedliche Bezüge zur Geschichte des Nationalsozialismus, der Thematisierung des Holocausts und aktuellen Formen von Antisemitismus hergestellt, eine fachliche Auseinandersetzung angeregt und vermittelt, wie diese sensiblen Themen angemessen mit den Schülerinnen und Schülern entsprechend ihres Alters bearbeitet werden können. Dabei werden auch Bezüge zu den Erfahrungen der Quereinsteigenden mit den Themen im eigenen Unterricht hergestellt.

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie unterstützt die Lehrkräfte außerdem mit einschlägigen Materialien und Hinweisen:

- Die Handreichung „Antisemitismusprävention an Grundschulen“ (in Kooperation mit dem Anne-Frank-Zentrum) ist abrufbar unter: <https://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/politische-bildung/>
- Der monatliche Newsletter der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie zur Prävention von Antisemitismus in der Schule informiert, welche Veranstaltungen, neue pädagogische Materialien, Best Practice-Beispiele etc. es in den Kategorien Jüdisches Leben früher und heute, Antisemitismusprävention und Vermittlung des Holocaust aktuell in Berlin und Umland gibt:
<https://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/politische-bildung/>

6. Welche außerschulischen Angebote macht der Senat Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern, sich mit dem Themen Antisemitismus, Judenhass und Israelhass auseinanderzusetzen?

- a) Sind diese Angebote für die Kinder kostenfrei nutzbar?
- b) Wie werden diese Angebote in Anspruch genommen?
- c) Wie wird evaluiert, ob diese Angebote den gewünschten Effekt erzielen?

Zu 6.:

Der Senat Berlin unterbreitet den Lehrkräften und den Schülerinnen und Schülern vielfältige Angebote, sich mit den Themen Antisemitismus, Judenhass und Israelhass auseinanderzusetzen.

Folgende Projekte außerschulischer Träger erhalten eine Förderung und richten gezielt Angebote an Schulen:

- „ACT – Acceptance, Commitment, Training“ (Bildungs- und Beratungsprogramm, in dem Schulen im Umgang mit Antisemitismus gestärkt und professionalisiert werden),
- „Praxisstelle Bildung und Beratung“ der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA) – Förderung von Angeboten für eine prozessorientierte, dauerhafte Auseinandersetzung mit Antisemitismus,
- Projekt „meet2respect“ (Workshops und Unterrichtsbesuche von jüdischen, muslimischen und christlichen Religionsvertreterinnen und -vertretern),
- Projekt „Interreligious peers“ der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V. (Ausbildung von jungen Juden, Christen, Muslime und Baháí zu Interreligious Peers, die Workshops an Schulen zu religiöser und weltanschaulicher Vielfalt durchführen) sowie
- Förderung der „Berliner Bildungsarbeit und des Lernorts 7xjung“ von Gesicht Zeigen! durch SenBJF (Workshops zum Thema Antisemitismus für Schülerinnen und Schüler und Fortbildungen für pädagogische Fach- und Lehrkräfte).

Darüber hinaus organisiert die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie seit 2018 jährlich eine 10-tägige Fortbildungsreise von Berliner Lehrkräften und pädagogischem Personal an die Internationale Gedenkstätte Yad Vashem in Israel, um sich intensiv mit den Themen Holocaust-Education und Antisemitismus auseinanderzusetzen.

Im Rahmen der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung Berlin erhalten die pädagogischen Fach- und Lehrkräfte vielfältige Unterstützung zu den Themen Antisemitismus, Judenhass und Israelhass in Form von Veranstaltungen und Aufklärung über die verschiedenen Erscheinungsformen von Antisemitismus und zu jüdischem Leben in Berlin (jährlich rund 15-20 Veranstaltungen in Formaten wie Tagungen, Fortbildungen, Führungen, Lesungen, etc.) sowie durch Publikationen und Materialien über die verschiedenen Erscheinungsformen von Antisemitismus und zu jüdischem Leben in Berlin (zur Verfügungstellung von jährlich rund 10-15 Titel von Fachpublikationen zum Thema).

Zu 6a.:

Die Angebote der genannten außerschulischen Bildungsträger sind in der Regel kostenlos, solange es sich um Maßnahmen im Rahmen der Förderung handelt.

Für die Fortbildungsreise nach Israel muss ein geringer Eigenbeitrag durch die Teilnehmenden entrichtet werden.

Die Veranstaltungen der Landeszentrale für politische Bildung sind in der Regel kostenlos, für die Publikationen und Materialien gelten die entsprechenden Abgaberegelungen.

Zu 6b.:

Die Angebote der genannten außerschulischen Bildungsträger in den Bereichen werden sehr gut nachgefragt, die Förderung wird in der Regel voll ausgeschöpft, es gibt mehr Nachfrage als mögliche Angebote.

Das Angebot der Bildungsreise nach Israel ist sehr gut nachgefragt, es gibt mehr Interessierte als freie Plätze.

Die Veranstaltungen und Publikationen der Landeszentrale für politische Bildung Berlin sind in der Regel gut nachgefragt.

Zu 6c.:

Die außerschulischen Träger, die eine Projektförderung durch die SenBJF erhalten, sind angewiesen, ihre durchgeführten Maßnahmen mittels der Rückmeldung der Teilnehmenden und mittels einer Selbstevaluation hinsichtlich der angestoßenen Auseinandersetzungen und erzielten Effekte zu bewerten.

Die Bildungsreise nach Israel wird mittels Rückmeldungen der Teilnehmenden evaluiert.

Berlin, den 14. Juni 2021

In Vertretung
Beate Stoffers
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie